

# Pressemitteilung

## Familienförderung grundlegend reformieren

**Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG fordert ein gerechtes und transparentes familienpolitisches Gesamtkonzept**

Berlin, 27.08.2014 „In der deutschen Familienpolitik existiert derzeit ein Dschungel an Förderleistungen. Viele sind nicht zielführend, wirken teilweise sogar gegensätzlich. Wir brauchen endlich ein gerechtes, transparentes und unbürokratisches familienpolitisches Gesamtkonzept“, kommentiert Heinz Hilgers, Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes, den heute von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig präsentierten Abschlussbericht zur Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen. Darin wurden verschiedene Unterstützungsleistungen für Familien auf ihre Wirkungen im Hinblick auf fünf übergreifende familienpolitische Ziele überprüft.

Die aktuellen Kinderarmutszahlen im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeichnen ein deutliches Bild: Derzeit gelten 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland als armutsgefährdet. Aus Sicht des Bündnisses KINDERGRUNDSICHERUNG muss daher die nachhaltige Bekämpfung der Kinderarmut oberstes politisches Ziel sein. In der Evaluation finden sich dazu leider wenig konkrete Aussagen. Der Kinderzuschlag wird allerdings als wirksames zielgruppenspezifisches Instrument zur Armutsvermeidung eingeschätzt. „Das sehen wir differenzierter. Aus unserer Sicht muss der Kinderzuschlag dringend vereinfacht werden, damit ihn mehr anspruchsberechtigte Familien auch tatsächlich nutzen. Als ersten Schritt hin zu einer Kindergrundsicherung sollte er dann automatisch gemeinsam mit dem Kindergeld an die berechtigten Familien ausgezahlt werden“, fordert Christiane Reckmann, Vorsitzende des Zukunftsforum Familie (ZFF).

Perspektivisch fordert das Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG eine sozial gerechte Kindergrundsicherung von 536 Euro pro Monat, die eine Vielzahl an Leistungen zusammenfasst, sich am steuerlichen Existenzminimum orientiert und am Einkommen der Eltern bemessen wird. Durch die Besteuerung schmilzt die Kindergrundsicherung je nach Höhe des Einkommens der Eltern langsam ab. Familien mit keinem oder nur geringem Einkommen erhalten so mehr Geld, das für die Versorgung der Kinder nötig ist. Familien mit hohem Einkommen werden dagegen wie bisher entlastet. So sieht gerechte und transparente Familienförderung aus.

„Wir fordern die Bundesregierung auf, den Förderdschungel endlich zu lichten und ein konsistentes familienpolitisches Gesamtkonzept vorzulegen. Dabei dürfen monetäre Leistungen und der Ausbau familienunterstützender Infrastruktur nicht gegeneinander ausgespielt werden. Denn Familien und Kinder brauchen beides“, so Wolfgang Stadler, AWO-Bundesvorsitzender, abschließend.

Im Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG fordern neun Verbände und 13 Wissenschaftler/innen seit 2009 einen Paradigmenwechsel bei der Familienförderung ([www.kinderarmut-hat-folgen.de](http://www.kinderarmut-hat-folgen.de)).

### Kontakt:

Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V.  
Schöneberger Str. 15, 10963 Berlin  
Tel.: 030 214809-20, Fax: 030 214809-99,  
[info@dksb.de](mailto:info@dksb.de), [www.dksb.de](http://www.dksb.de)



### Unterstützt durch die Wissenschaftler/innen:

Prof. Dr. Hans Bertram  
Prof. Ullrich Gintzel  
Prof. Dr. Walter Hanesch  
Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster  
Prof. Dr. Heiner Keupp  
Prof. Dr. Ronald Lutz  
Dr. Gisela Notz  
Christiane Meiner M.A.  
Prof. Dr. Stefan Sell  
Prof. Dr. Margherita Zander  
Prof. Jutta Allmendinger, PhD  
Prof. Dr. Hans-Jürgen Schimke  
Prof. Dr. Marcus Hussmann